

## Einlauf und Zuweisungen

**Präsidentin Anneliese Kitzmüller:** Hinsichtlich der eingelangten Verhandlungsgegenstände und deren Zuweisungen verweise ich gemäß § 23 Abs. 4 der Geschäftsordnung auf die im Sitzungssaal verteilte Mitteilung.

*Die schriftliche Mitteilung hat folgenden Wortlaut:*

**A. Eingelangte Verhandlungsgegenstände:**

**Anträge:**

*Zurückziehung des Verlangens auf erste Lesung binnen drei Monaten: Zu 61/A*

**B. Zuweisungen:**

**1. Zuweisungen seit der letzten Sitzung gemäß §§ 31d Abs. 5a, 32a Abs. 4, 74d Abs. 2, 74f Abs. 3, 80 Abs. 1, 100 Abs. 4, 100b Abs. 1 und 100c Abs. 1:**

**Budgetausschuss:**

*Monatserfolg Jänner 2018, vorgelegt vom Bundesminister für Finanzen (Vorlage 10 BA)*

**Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen:**

*Bürgerinitiative Nr. 43 betreffend "die Ausarbeitung eines verbindlichen Fahrplans zum Umstieg auf tierversuchsfreie Forschung, Testung und Ausbildung, der innerhalb konkreter Zeitziele umzusetzen ist"*

**Zuweisungen auf Ersuchen des Ausschusses für Petitionen und Bürgerinitiativen an andere Ausschüsse:**

**Ausschuss für Arbeit und Soziales:**

*Bürgerinitiative Nr. 1 betreffend „Informationspflicht bei Unterbezahlungen und Verlängerung der Verfallfristen“*

**Ausschuss für Bauten und Wohnen:**

*Bürgerinitiative Nr. 16 betreffend "Billiger wohnen jetzt! Junges Wohnen muss bezahlbar werden!"*

*Bürgerinitiative Nr. 21 betreffend "Weg mit der Maklerprovision für Mieter!"*

*Bürgerinitiative Nr. 26 betreffend „Nur wer beauftragt, zahlt - Bestellerprinzip für Immobilienmaklerprovisionen“*

**Gesundheitsausschuss:**

Bürgerinitiative Nr. 3 betreffend "Erhaltung der Hausapotheke in der Wildschönau"

Bürgerinitiative Nr. 10 betreffend „Fakten helfen! Einführung einer bundesweiten anonymisierten Statistik über Schwangerschaftsabbrüche und Erforschung der Gründe/Motive dafür“

Bürgerinitiative Nr. 24 betreffend "Homöopathie als Kassenleistung"

**Landesverteidigungsausschuss:**

Bürgerinitiative Nr. 11 betreffend „den Erhalt der Militärmusiken in allen Bundesländern in voller Spielstärke“

**Umweltausschuss:**

Bürgerinitiative Nr. 6 betreffend "Verpflichtung zur Abgabe unverkäuflicher Ware an die Zivilgesellschaft vor der Müllentsorgung – Anti-Wegwerf-Gesetz"

Bürgerinitiative Nr. 27 betreffend "die ökologische Ausrichtung und die soziale Absicherung der Energiewende in Österreich. Zum Wohlergehen der Menschen und zur Schonung von Lebensräumen und Natur."

**Unterrichtsausschuss:**

Bürgerinitiative Nr. 2 betreffend "Handy- und Internetnutzung von Kindern und Jugendlichen"

Bürgerinitiative Nr. 5 betreffend „die längst fällige Einrichtung eines Unterstufenrealgymnasiums am BORG Hermagor ab dem Schuljahr 2015/2016“

Bürgerinitiative Nr. 7 betreffend „Gleiche Rechte für chronisch kranke Kinder“

Bürgerinitiative Nr. 9 betreffend "Aufstockung der Vorbereitungsstunden bei der mündlichen Matura der standardisierten kompetenzorientierten Reife- und Diplomprüfung"

Bürgerinitiative Nr. 12 betreffend "Lebenskompetenz Ernährung im Schulsystem"

Bürgerinitiative Nr. 15 betreffend „Freie Schulwahl 2.0“

Bürgerinitiative Nr. 19 betreffend "Wahlfreiheit braucht Wahlmöglichkeit! Die Errichtung von Modellregionen ohne das Angebot von Sonderschulen oder Sonderklassen"

*darf nicht so weit reichen, dass das Recht der Betroffenen auf Wahlfreiheit beschnitten wird*

*Bürgerinitiative Nr. 29 betreffend "Chancengleichheit gehörloser Menschen im österreichischen Bildungssystem"*

**Verfassungsausschuss:**

*Bürgerinitiative Nr. 8 betreffend "die Abschaffung des Pensionssicherungsbeitrages für PensionistInnen sowie BezieherInnen von Witwen/Witwer- und Waisenpensionen"*

*Bürgerinitiative Nr. 14 betreffend „Best- statt Billigstbieter bei Ausschreibungen im Linienbusverkehr. Qualitäts- und Sozialstandards, sowie verpflichtender Personalübergang bei Ausschreibungen im Linienbusverkehr“*

**Verkehrsausschuss:**

*Bürgerinitiative Nr. 18 betreffend "Österreichweites Studierendenticket JETZT! Schaffung eines österreichweiten Studierendentickets für den öffentlichen Verkehr"*

**Ausschuss für Wirtschaft, Industrie und Energie:**

*Bürgerinitiative Nr. 4 betreffend "Verbesserung der Lehrlingsausbildung"*

**Wissenschaftsausschuss:**

*Bürgerinitiative Nr. 17 betreffend "Selbstbestimmt statt fremdbeherrscht! Gegen sexuelle Belästigung und Ungleichbehandlung von Frauen an Österreichischen Hochschulen"*

**2. Zuweisungen in dieser Sitzung:**

***zur Vorberatung:***

**Ausschuss für Arbeit und Soziales:**

*Bundesgesetz, mit dem das Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz geändert wird (25 d.B.)*

*Antrag 61/A der Abgeordneten Claudia Gamon, MSc (WU), Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz - ASVG geändert wird*

*Antrag 152/A(E) der Abgeordneten Mag. Gerald Loacker, Kolleginnen und Kollegen betreffend Automatisches Pensionssplitting*

*Antrag 164/A(E) der Abgeordneten Josef Muchitsch, Kolleginnen und Kollegen betreffend Angriff auf die Sicherheit und Gesundheit der arbeitenden Menschen*

**Außenpolitischer Ausschuss:**

*Antrag 151/A(E) der Abgeordneten Dr. Stephanie Krisper, Kolleginnen und Kollegen betreffend Entwicklung und gesetzliche Verankerung eines realistischen Stufenplans zur Erhöhung der EZА-Mittel bis zur Erreichung des 0,7%-Ziels*

*Antrag 162/A(E) der Abgeordneten Dr. Reinhold Lopatka, Petra Bayr, MA MLS, Mag. Roman Haider, Dr. Stephanie Krisper und Dr. Alma Zadić, LL.M., Kolleginnen und Kollegen betreffend Ausweitung des Mandates der UN-Mission für das Referendum in der Westsahara MINURSO*

**Finanzausschuss:**

*Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über das Wirksamwerden der Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 über Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte (PRIIP-Vollzugsgesetz) erlassen und das Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz geändert wird (24 d.B.)*

*Bundesgesetz, mit dem das Versicherungsaufsichtsgesetz 2016, das Versicherungsvertragsgesetz und das Einkommensteuergesetz 1988 geändert werden (Versicherungsvertriebsrechts-Änderungsgesetz 2018 - VersVertrRÄG 2018) (26 d.B.)*

**Gesundheitsausschuss:**

*Antrag 160/A(E) der Abgeordneten Mag. Gerald Loacker, Kolleginnen und Kollegen betreffend Schaffen einer Datenlage zur Durchimpfungsrate in Österreich*

*Antrag 163/A(E) der Abgeordneten Dr. Pamela Rendi-Wagner, MSc, Kolleginnen und Kollegen betreffend die geplante Auflösung der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt*

**Ausschuss für Menschenrechte:**

*Antrag 150/A(E) der Abgeordneten Dr. Stephanie Krisper, Kolleginnen und Kollegen betreffend Sicherung von rechtsstaatlichen Asylverfahren in Bezug auf Afghanistan*

*Antrag 153/A(E) der Abgeordneten Dr. Nikolaus Scherak, MA, Kolleginnen und Kollegen betreffend Evaluierung der bestehenden Überwachungsmaßnahmen (Überwachungsgesamtrechnung)*

*Antrag 166/A(E) der Abgeordneten Dr. Gudrun Kugler, Dr. Susanne Fürst, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Kandidatur Österreichs für einen Sitz im UNO-Menschenrechtsrat*

**Tourismusausschuss:**

*Bundesgesetz, mit dem das Umsatzsteuergesetz 1994 geändert wird (23 d.B.)*

**Unterrichtsausschuss:**

*Antrag 149/A(E) der Abgeordneten Mag. Dr. Matthias Strolz, Kolleginnen und Kollegen betreffend Stärkung der Schulsozialarbeit sowie Ermöglichung aufsuchender Angebote*

*Antrag 154/A(E) der Abgeordneten Mag. Dr. Matthias Strolz, Stephanie Cox, BA, Kolleginnen und Kollegen betreffend Überführung von Integrationsklassen an Sonder Schulen in das Regelschulwesen und damit einhergehende Stärkung der "umgekehrten Inklusion"*

*Antrag 155/A(E) der Abgeordneten Mag. Dr. Matthias Strolz, Kolleginnen und Kollegen betreffend Ermöglichung personeller Autonomie für alle Schulstandorte und damit verbundener Abschaffung des Lehrerdienstrechts*

*Antrag 156/A(E) der Abgeordneten Mag. Dr. Matthias Strolz, Kolleginnen und Kollegen betreffend Ermöglichung von schulautonomen Pilotprojekten*

*Antrag 157/A(E) der Abgeordneten Mag. Dr. Matthias Strolz, Kolleginnen und Kollegen betreffend finanzielle Gleichstellung von nicht-konfessionellen Privatschulen mit Öffentlichkeitsrecht*

*Antrag 158/A(E) der Abgeordneten Mag. Dr. Matthias Strolz, Kolleginnen und Kollegen betreffend Ermöglichung pädagogischer Autonomie und Stärkung des Professionsverständnisses der Pädagog\_innen*

*Antrag 159/A(E) der Abgeordneten Mag. Dr. Matthias Strolz, Kolleginnen und Kollegen betreffend Einführung von 360°-Feedbacksystemen für Lehrer\_innen an Schulen*

*Antrag 161/A(E) der Abgeordneten Mag. Dr. Matthias Strolz, Kolleginnen und Kollegen betreffend Ermöglichung eines Chancen- und Innovationspakets für die österreichischen Schulen*

**Ausschuss für Wirtschaft, Industrie und Energie:**

*Antrag 165/A(E) der Abgeordneten Wolfgang Katzian, Kolleginnen und Kollegen betreffend konsequente Weiterverfolgung des Notifizierungsverfahrens des KWK-Punktegesetzes bei der EU-Kommission*

\*\*\*\*\*

Die **nächste** Sitzung des Nationalrates, die für Mittwoch, den 21. März, 10 Uhr, in Aussicht genommen wurde, wird auf schriftlichem Wege einberufen.

Bevor ich diese Sitzung schließe, gebe ich noch bekannt, dass im Anschluss an diese Sitzung der Justizausschuss im Lokal 7 zusammenentreten wird.

Auf Wiederschauen, meine Damen und Herren!

Die Sitzung ist **geschlossen**.